

Der Wille, der Weg und die Wilhelma?

Das Konzept einer Stiftung für das SWR-Sinfonieorchester ist konkretisiert, doch die Politik zeigt sich weiter skeptisch.

Es ist wie beim Mikado-Spiel. Wer sich zuerst bewegt – unvorsichtig bewegt, könnte verlieren. Bloß: Bewegung – politische Bewegung – ist das Einzige, was das SWR-Sinfonieorchester Baden-Baden und Freiburg vor der vor einem Jahr von der Senderspitze beschlossenen Fusion mit dem Stuttgarter Radiosinfonieorchester dort bewahren könnte. Durch die Überführung in eine, so die korrekte Bezeichnung, "Stiftung des öffentlichen Rechts in Gestalt einer Zuschussstiftung".

Der Freiburger Verwaltungsrechtler Friedrich Schoch hat nun sein im Frühjahr vorgestelltes Modell rechtzeitig zum wichtigen Auftritt des Orchesters bei den am heutigen Freitag beginnenden Donaueschinger Musiktagen in einer detaillierteren Fassung vorgelegt, mit konkreten Vorschlägen zur Finanzierung. Sie könnte unter dem formulierten Motto stehen: "Wo ein Wille ist, findet sich ein Weg!" Die Notwendigkeit zum Erhalt des Orchesters begründet Schoch klar mit dessen "Alleinstellungsmerkmalen" in Bezug auf die Musik des 20. Jahrhunderts sowie seiner internationalen Bedeutung. Und dem schweren Verlust für die Region. Eine Fusion werde dagegen die "Konzentration der Musikkultur" in der Landeshauptstadt noch weiter verstärken.

Im Gespräch mit der BZ betont Schoch, dass in dieser Auffassung in zahlreichen gemeinsamen Gesprächen mit Politikern seit September großer Konsens bestand. Dass aber gleichwohl die Politik nicht in Vorleistung gehen wolle, sondern eine öffentliche Debatte nur auf der Basis eines belastbaren, diskutablen Stiftungsmodells zu führen bereit sei. Will heißen: Vor dem Hintergrund eines angestrebten ausgeglichenen Haushalts in Baden-Württemberg ist eine Bereitstellung zusätzlicher Millionenbeträge für ein – neu – zu finanzierendes Orchester kaum realistisch. Schoch schlägt deshalb den Weg der sogenannten "Aufgabenkritik" vor: Das Land überdenkt seine bisherigen freiwilligen Leistungen daraufhin, "ob sie weiterhin ... wahrgenommen werden müssen". Voraussetzung dafür sei "politischer Gestaltungswille", so Schoch.

Als ein mögliches Beispiel, bei dem er eine Umschichtung der Finanzierung für denkbar hält, führt Schoch den Stuttgarter Zoo, die Wilhelma, an. Der ehemals königliche Tiergarten ist der einzige, der in Deutschland von einem Bundesland (als Flächenstaat) unterhalten wird. 9,43 Millionen Euro seien dafür im Haushalt für 2014 veranschlagt. Schoch: "Warum sollte das Land nicht mit der (kulturell privilegierten) Landeshauptstadt mit dem Ziel einer Übernahme der ‚Wilhelma‘ in städtische Regie in Verhandlungen treten?" Für die Bevölkerung änderte sich bei dem Trägerwechsel nichts, und die Verlagerung der Finanzierung könnte stufenweise erfolgen. Zumal SWR-Intendant Boudgoust im Sommer signalisiert habe, ein tragfähiges Stiftungsmodell mit einem degressiv gestaffelten, bis 2025 auslaufenden Betrag von anfänglich etwa vier Millionen Euro zu unterstützen.

Nun ist es schwer vorstellbar, dass selbst eine wirtschaftlich prosperierende Stadt wie Stuttgart in eine solche Diskussion mit Begeisterung eintreten würde. Der Freiburger Kulturbürgermeister Ulrich von Kirchbach (SPD) zeigt sich deshalb skeptisch und warnt vor überzogenen Hoffnungen. "Wir brauchen eine solide Grundfinanzierung", sagt er. Es sei ausgeschlossen, dass diese nur über Steuern gestemmt werden könne. Beim SWR sieht er keine Bereitschaft für irgendeine Form der Beteiligung, denn: "Herr Boudgoust will dieses Modell gar nicht, weil er keine Konkurrenz zum Orchester in Stuttgart haben will." Als Kulturbürgermeister blute ihm das Herz. "Das Land verliert ein A-Orchester, es hätte früher tätig werden sollen." Und selbstkritisch fügt er hinzu: "Meines Erachtens hätte man, statt auf Alternativmodelle zu setzen, von vorneherein alle Energie auf den politischen Kampf setzen müssen."

Den hat sein Parteifreund Gernot Eler in seinem Bundestagswahlkampfprogramm versprochen. Er plädiert für eine dauerhafte Finanzierungszusage des Landes: "Jetzt muss die Politik auch noch mal ran." Gleichwohl seien belastbare Zahlen nötig, sagt der Bundestagsabgeordnete, ohne die man keine konkreten politischen Gespräche führen könne. Die Umwidmung von Mitteln im Haushalt, wie am Beispiel Wilhelma vorgeschlagen erachtet er als "schwieriges Terrain". Gleichwohl: "Ein sehr konkretes Phantasieren ist das Stiftungsmodell schon." Zu ergänzen wäre: konkreter als das, was bislang von der Politik kam. Und die Zeit drängt. Im November will sich der Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst im Landtag mit der Fusion beschäftigen. Als Zeitbombe tickt diese unermüdlich weiter.

Autor: Alexander Dick